Rottenführer-Zeitung

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahn- für die Vertretung der Standesinteressen Rotten- und Hilfsrottenführer E. V.

Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im Voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.

Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 17 **Dahlhausen-R., 1. September 1915** **4. Jahrgang**

Inhalt: Erfolge der Konsumentenbewegung. — Zur Aenderung des Reichsvereinsgesetzes. — Der Kampf um die Bahnen im Osten. Die deutsche Seemacht. — Das Eiserne Kreuz für die Rettung eines Militärzuges. — Der Wert des deutschen Eisenbahnnetzes. — Fachliche Rundschau. — Eisenbahner im Felde. — Unfall eines Militärzuges infolge vorzeitigen Umstellens einer Weiche. — Ein Jahr städtischer Kriegswohlfahrtspflege in München. — Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Vereinsnachrichten. — Bekanntmachungen. — Fragekasten. — Versammlungskalender. — Inserate.

Erfolge der Konsumentenbewegung.

Die Arbeiten der Gemeinden. — Erlaß der preußischen Minister betr. Warenbeschlagnahme. — Verbesserung des Brotes, Brotrationen. — Zuckerfrage. — Konsumentenfragen im Reichstag. — Delbrücks Rede. — Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

Die Gemeindeverwaltungen, deren Oberhäupter soziales Verständnis haben, rühren sich. Zahlreiche Städte — auch der deutsche Städtetag selbst — faßten Beschlüsse an die Adresse der Reichsregierung, deren Inhalt sich im wesentlichen mit den Interessen und Forderungen der Konsumenten deckt. Der deutsche Städtetag lehnte in seinem Beschluß die Verantwortung für die bisherigen Mißerfolge auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung für die Städte ab und verlangte einheitliche Maßregeln des Reichs besonders in der Höchstpreisfrage. „Ohne eine einheitliche Ordnung für das ganze Reich irren die Städte planlos auf dem Markte umher und erhöhen durch ihre Einkäufe nur die Preise.“*) — Die Stadt Berlin will eine Gemüsetrocknerei unter Ausnutzung der Wärmeerzeugung der städtischen Gaswerke errichten. Bekanntlich verfaulten vor einigen Monaten in und um Berlin tausende Zentner Spinat. West- und süddeutsche Städte suchen ihre Gemüseversorgung zu erweitern und zu verbessern. — Die Stadt Dresden will ein städtisches Lebensmittelamt gründen, das Mißstände auf dem Lebensmittelmarkt aufdeckt und den städtischen Behörden Vorschläge zur Abhilfe macht. Bekanntlich ist die Errichtung von Lebensmittelämtern eine alte Forderung unserer Organisation. — In Dortmund hat die Stadtverwaltung eine größere Anzahl Schweine gekauft und abschlachten lassen. Das Fleisch fand reißenden Absatz. Folgende, staunenswert geringe Verkaufspreise konnten festgesetzt werden: Rippenfleisch (Koteletts) 1,45 Mk., Bratenfleisch (Nacken und Blattschinken) 1,45 Mk., Bauchfleisch (Kochfleisch) 1,35 Mk., Kleinfleisch (Eisbein, Füße und Kopf) 60 (sechzig) Pfennig pro Pfund.

Erfreulicherweise wird seitens vieler Gemeindeverwaltungen auch dem Wucher auf dem Markte zu Leibe gegangen. Die Verpflichtung, Preistafeln an den Verkaufsständen anzubringen, hat sich als sehr nützlich erwiesen. Der Konsumentenausschuß der Stadt Gelsenkirchen hat mit Unterstützung der Stadtverwaltung eine Preisstatistik und Qualitätsprüfung für verschiedene wichtige Lebensmittel im Detailhandel vorgenommen. Dabei wurden geradezu skandalöse Unterschiede sowohl in den Preisen wie auch in der Qualität der Waren festgestellt. Das so von dem Konsumentenausschuß zusammengetragene Material dürfte der dortigen Stadtverwaltung Handhaben zu durchgreifenden Maßnahmen geben.

Die vorliegenden kurzen Mitteilungen über die Tätigkeit der Kommunen in der Frage der Lebensmittelversorgung können natürlich nicht als erschöpfend betrachtet werden und müssen wir unsere Leser schon auf die diesbezüglichen, in den Tageszeitungen erscheinenden Mitteilungen verweisen. —

Die preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern haben an die Regierungs- und Polizei-Präsidenten Ausführungs-Bestimmungen über die Bundesratsverordnung gegen die übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli d. J. — Recht der Enteignung und Uebertragung des Eigentums auf eine andere Person — erlassen, die sich in ihrer Tendenz hauptsächlich gegen den Gelegenheitshandel und die wucherischen Schiebereien im Lebensmittelhandel wenden. Beschlagnahmte Waren sollen die Gemeinden den ortsansässigen Händlern oder den Konsumvereinen zu einem festgesetzten Preise zum Weiterverkauf übertragen.

Mit Zustimmung des Kuratoriums der Reichsgetreidestelle wird das Ausmahlungsgeschäft des Brotgetreides von jetzt ab auf 75 vom Hundert herabgesetzt. Die Herabsetzung bewirkt eine Verbesserung des Brotes und vermehrt die abfallende Kleie. Die zulässige Verzehrungsmenge, die bisher einschließlich der Mehrration für vermehrte Ernährungsbedürftige 220 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung betrug, wird auf 225 Gramm festgesetzt. Eine wesentliche Erhöhung wird voraussichtlich vor Beginn des Winters eintreten, wenn die Festsetzung der Getreidemenge der diesjährigen Ernte abgeschlossen ist. Das Recht der Kommunalverwaltungen, Unterschiede bei der Verteilung der Mehrmenge zu Gunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu machen, wird durch diese Neuregelung nicht berührt.

Auch in der Zuckerfrage will die Reichsleitung jetzt, wie sie in einem Schreiben dem Hauptausschuß für Konsumenteninteressen in Berlin mitteilt, eine befriedigende Regelung der Verteilung und Preisbildung treffen. Das Schreiben lautet wie folgt:

> „Um zu verhindern, daß die für den Handel mit Verbrauchszucker festgesetzten Höchstpreise für die Verbraucher erst verspätet fühlbar werden, beabsichtige ich, Händlern, die bei Lieferungen nach dem 15. August auf den vor dem 22. Juli 1915 vereinbarten höheren Preisen bestehen und die Preise nicht auf die gesetzliche Höhe ermäßigen, die Bestände an Verbrauchszucker durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. fortnehmen zu lassen. Vor dem 22. Juli 1915 geschlossene Verkäufe an die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, an Likörfabrikanten, an Fabrikanten alkoholfreier Getränke und an Marmeladen-

*) Gerade deshalb verlangt ja das Reichskartell in einer seiner Eingaben an den deutschen Städtetag eine einheitliche Aktion der Stadtverwaltungen in der Gemüseversorgung. Hierbei kann das Reich nicht viel helfen, da müssen die Stadtverwaltungen schon selbst mehr Initiative entfalten.

und Kunsthonigfabriken sollen durch diese Maßnahmen nicht berührt werden.

Ich habe die Zuckerhändlervereine benachrichtigt und stelle ergebenst anheim, den Verbraucherkreisen von dem Inhalt meines Schreibens Kenntnis zu geben.

I. A.: gez. Kautz."

Erfolgreich für die Konsumentenbewegung waren auch die jüngsten Verhandlungen über die verschiedenen Volksernährungsfragen im Haushaltsausschuß wie auch im Plenum des deutschen Reichstags. Wir können an dieser Stelle nicht über den gesamten Umfang der wichtigen Beratungen berichten, müssen vielmehr auch hier auf die ausführliche Berichterstattung der Tageszeitungen verweisen. Aber das kann und muß festgestellt werden: im Verhältnis zu den Lebensmitteldebatten im preußischen Abgeordnetenhause kamen doch bei den jüngsten Verhandlungen im Reichstage die Interessen der breiten Volksschichten in ganz anderer Weise zur Geltung. Man vergleiche nur einmal die eigentümlichen Ausführungen des

über die Kartoffelfrage im

mit den von hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen und auch den Interessen der Konsumenten entgegenkommenden Darlegungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück. Obwohl uns die amtlichen Stenogramme noch nicht vorliegen — wir werden noch auf dieses Thema zurückkommen — geht aus den Berichten der Tagespresse hervor, daß die Reichsleitung aus den Fehlern des letzten Jahres gelernt hat und bestrebt ist, zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu schaffen. — Die Kritik der Redner bewegte sich sowohl in sachkundigen wie auch in sachlichen Bahnen. Erfreulich ist es, daß der Haushaltsausschuß des Reichstages die Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung (Reichslebensmittelamt) von der Regierung forderte.

Staatssekretär Dr. Delbrück fand in seiner großen Rede im Plenum auch erfreulich kräftige Töne gegen den Lebensmittelwucher. **„Solche Leute, die in schwerer Zeit also Wucher betrieben haben, müssen gebrandmarkt sein für den Rest ihres Lebens."** Den Lebensmittelwucherern müssen also neben den bestehenden Strafen auch der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zuerkannt werden. „Es ist sehr schwierig, den Tatbestand für strafrechtliche Verfolgungen zu schaffen, wenn er so schwer zu fassen ist. Aber ich bin bereit, auch noch weiter zu gehen und die bestehenden Bestimmungen zu erweitern. Die Bedrohung solcher Vergehen gegen die Allgemeinheit ist im Kriege notwendig, um dem Rechtsgefühl des Volkes Genüge zu tun. Man muß die Grundlagen schaffen, um vor aller Welt darzulegen, **wie niederträchtig und verächtlich alle jene Fälle sind, in denen einzelne versuchen, während einer schweren Heimsuchung des Vaterlandes die Ernährung des eigenen Volkes aus eigensüchtigen Gründen zu erschweren."**

Zugegeben wurde vom Staatssekr. Dr. Delbrück, daß viele Regierungsmaßnahmen zu spät gekommen seien. „Aber das lag nicht an der mangelnden Entschlußfähigkeit der Regierung, sondern an der Kompliziertheit unseres Staatswesens" (und an dem hartnäckigen Widerstand, den Dr. Delbrück bei der Einleitung seiner Maßnahmen im

und zum Teil auch im

fand).

In der Kartoffelfrage stellte Dr. Delbrück, „wenn die Marktpreise der Kartoffeln dauernd in phantastische Höhen steigen sollten", Höchstpreise und partielle Beschlagnahmungen in Aussicht. Vorerst will er mit den Produzenten- und Händlerorganisationen verhandeln. Der Schluß der Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück sei im Wortlaut wiedergegeben:

„Die öffentliche Kritik an unseren Maßnahmen begrüße ich, wir lernen alle stets gern. Wir treiben keine Produzenten- und keine Konsumentenpolitik, wir haben beide Interessen auszugleichen im maßgebenden höheren Interesse des gemeinsamen Vaterlandes. Ich stelle fest: wir sind ausgekommen, und zwar zu erträglichen Preisen mit dem Brotgetreide und den Kartoffeln, von denen ein erheblicher Teil noch unserer Viehhaltung zugute kam. Wir stehen mit unserer neuen Ernte so da, daß wir damit zweifellos wieder ein Jahr durchhalten werden — dank unserm Volke, dank der Arbeit des Menschenalters, dank unserer Wissenschaft, dank der großen Anpassungsfähigkeit unserer Industrie und Landwirtschaft. Ich nehme für die Regierung kein Verdienst daran in Anspruch, aber das leisten konnte nur ein in allen Schichten gebildetes Volk. (Lebhafte Zustimmung.) So hat jeder seinen Anteil an den von uns mit Stolz festgestellten Erfolgen. Daß diese Erfolge nicht ohne alle Opfer errungen sind, ist klar. Am schwersten tragen unter diesen Verhältnissen die kleinen Produzenten und Konsumenten, die zurückgebliebenen Frauen, die ohne männliche Hilfe sich durchschlagen. (Bravo!) Der stille Heldenmut, mit dem die Bauernfrau draußen im Lande mit ihren Kindern und wenigen weiblichen Arbeitskräften die Scholle bestellt wie im Frieden; der stille Heldenmut, mit dem die Arbeiterfrau unter schwierigen Verhältnissen sich und ihre Kinder durchbringt, wird im deutschen Vaterlande nicht vergessen werden! (Lebhafter Beifall.) Die Frauen, die auf diese Weise im Dienste des Vaterlandes tätig sind, die füllen die Schützengräben des wirtschaftlichen Kampfes; wir werden ihrer so wenig vergessen, wie derer, die draußen ihre Pflicht tun, und wir sind uns alle einig darüber, daß es unsere erste Pflicht ist, ihnen bis an die Grenze des Möglichen beizustehen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber viele wichtige Einzelheiten werden wir, wie gesagt, noch ausführlich berichten, wenn die amtlichen Drucksachen vorliegen.

Der Haushaltsausschuß ersucht in einer Entschließung den Reichskanzler, eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu schaffen und in dieselbe Mitglieder des Reichstages unter Berücksichtigung der Fraktionsstärke zu berufen. Ferner wünscht der Haushaltsausschuß die Zulassung von Strafbefehlen bei geringeren Verstößen gegen Verordnungen, die auf Grund des Belagerungszustandgesetzes erlassen sind, auch soll hier neben Gefängnis-, Geldstrafe treten können, und zwar bis zu 600 Mark.

Als Material sollen auf Antrag des Haushaltsausschusses folgende Anträge den verbündeten Regierungen überwiesen werden: Zuerkennung der Befugnis an die Kommunalverbände, bei Produzenten, Groß- und Kleinhändlern, Auskünfte über die der Preisbildung zugrunde liegenden Tatsachen einzuholen und für Weigerung Strafen zu verhängen. Erweiterung der Rechte der Gemeinden bei Beschlagnahmen und so weiter; wirksame Bekämpfung aller Preistreibereien; Verteilung der Futtermittel; Bemessung des Ausmahlungsverhältnisses dahin, daß die Kleie nicht zur Ernährung von Menschen, sondern zur Verfütterung an das Vieh verwendet wird; Festsetzung der höchstzulässigen Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis unter Berücksichtigung d. letzten Zehnjahrdurchschnittmehrs der verteuerten Herstellungskosten; volle Aufklärung des Volkes über die Ursachen der Preissteigerungen; Herabsetzung der Getreide- und Mehlhöchstpreise, Höchstpreise für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Suppenartikel, Braugerste, Braumalz, Braukontingente; Ueberweisung des Gewinnes der Gemeinden und so weiter bei der Lebensmittelversorgung an die Reichsinvalidenfürsorge; baldige Herabsetzung des Ausmahlungsverhältnisses; Verteilung der Kleie nur nach dem Verhältnis des Viehstandes; angemessene Höchstpreise für Saatgut; Nichtbeschlagnahme der Gerste der Kleinbetriebe; Hilfe für die notleidenden Hopfenbauern; Herabsetzung der Getreideaufkaufsprovision; Rücklage von Kartoffeln zur Sicherung der Verbraucher; Organisierung der Kartoffelverteilung; Außerkraftsetzung des Süßstoffgesetzes auf Kriegsdauer; **Teuerungszulagen an alle gering besoldeten Reichsangestellten,** an Pensionäre des Reichs, an die Militärrentner und Militärinvaliden, Teuerungszulagen an alle im Reichssold stehenden Gehaltempfänger bis 3000 Mark; Fürsorge für notleidende Textilarbeiter, u. a. m.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen, wird der Reichstag wohl schon im Sinne der Anträge des Haushaltsausschusses entschieden haben.

Auch an dieser Stelle richten wir an unsere Mitglieder die dringende Bitte, sich fleißig an der Bildung von Orts- und Bezirkskartellen des Reichskartells zu beteiligen und diese dann zu veranlassen, tatkräftig in der allgemeinen Konsumentenbewegung mitzuarbeiten.

Zur Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.

Der 8. Ausschuß des Deutschen Reichstages beschäftigte sich vor kurzem mit der Aenderung des Reichsvereinsgesetzes. Zu Beginn der Beratung gab ein Regierungsvertreter folgende Erklärung ab:

Die Reichsleitung hat stets — schon bei der Beratung des Gesetzentwurfes — den Standpunkt vertreten, daß ein Berufsverein, der sich in den Grenzen der ihm durch § 152 der Gewerbeordnung gestellten Aufgaben hält, kein politischer Verein ist. Dieser Auffassung hat noch kürzlich der Stellvertreter des Reichskanzlers Ausdruck gegeben mit dem Hinzufügen, daß Berufsvereine wohl auch dann nicht als politische Vereine anzusehen sind, wenn sie sich bei etwaigen politischen Erörterungen auf gesetzgeberische Angelegenheiten beschränken, die mit ihrem Geschäftsbereiche nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung in unmittelbarem Zusammenhange stehen. Mit dieser Stellungnahme hat sich, wie zugegeben ist, die Praxis der Verwaltungsbehörden und die Rechtsprechung nicht immer im Einklang befunden. Die Reichsleitung ist deshalb bereits in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein werden, um den Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben auf dem Gebiete des Vereinslebens die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern, zumal die Gewerkschaften sich von Beginn des Krieges an in uneigennütziger und aufopfernder Weise in den Dienst der Aufgabe gestellt haben, die das Wohl des Vaterlandes seiner äußeren und inneren Wehrhaftmachung erheischt. Wann dem Reichstage eine entsprechende Vorlage gemacht werden kann, läßt sich indessen zur Zeit noch nicht übersehen.

Ueber die Heraushebung der Gewerkschaften aus dem Begriff eines politischen Vereins gab der Ausschuß den fraglichen Bestimmungen folgenden Wortlaut:

„Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in den Versammlungen erörtern.

Der Ausschuß beschloß mit 15 gegen 3 Stimmen, den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes aufzuheben. und weiter die Bestimmung anzunehmen, daß die im Reichsvereinsgesetz festgesetzte Mindestaltersgrenze von 18 Jahren für die Teilnahme an politischen Vereinen und öffentlichen Versammlungen aufgehoben wird.

Das Reichskartell (Sitz Elberfeld) benutzte diese Gelegenheit, um erneut einen Vorstoß in der Frage der Fortbildung des Beamtenrechts und des Staatsarbeiterrechts zu unternehmen. Die Eingabe richtet an den Ausschuß des Deutschen Reichstages anläßlich der Durchberatung der Aenderungen zum Reichsvereinsgesetz nachfolgende Bitte:

Der 8. Ausschuß des Hohen Hauses wolle beschließen:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Koalitionsbestrebungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter einen sicheren Rechtsboden durch Einbeziehung derselben in das Reichsvereinsgesetz zu geben,

oder falls dieses zur Zeit nicht möglich

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

a) dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem für die Koalitionsbestrebungen der Staatsbeamten ein dem Charakter des Reichsvereinsgesetzes entsprechender Rechtsboden vorgesehen ist, mit der Bestimmung, daß die Beamtengesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten insbesondere die Disziplinarbestimmungen baldigst mit diesem zu schaffenden Reichsgesetz in Einklang zu bringen sind;

b) einen weiteren Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Koalitionsbestrebungen der Staatsarbeiter (Eisenbahn-, Post-, Militärbetriebe) ein sicherer Rechtsboden geschaffen wird. Da aber die rechtliche Seite dieser Koalitionsbestrebungen aufs engste mit den heute geltenden Bestimmungen des Staatsarbeitsvertrags verknüpft ist, ja einen wesentlichen Bestandteil desselben darstellen, empfiehlt es sich, mit diesem Gesetzentwurf das gesamte

„Recht des Staatsarbeitsvertrages"

zu erfassen.

Es folgt sodann eine längere Begründung der unter 1 und 2 genannten Wünsche.

Wenn der praktische Erfolg dieser Eingabe auch diesmal kein großer sein wird, da die Aenderung am Reichsvereinsgesetz, die übrigens erst später im Plenum des Reichstages zur Verhandlung kommen wird, in der Hauptsache ein Entgegenkommen gegenüber der polnischen und sozialdemokratischen Partei darstellt, so war es doch angebracht. unsere Reichsboten erneut an die mangelhafte Rechtslage der Organisationen der Staatsangestellten zu erinnern.

Der Kampf um die Bahnen im Osten.

Vor dem Fall von Kowno, am 13. August, war unter obiger Ueberschrift in „Daily News" folgendes zu lesen: „Für den Augenblick hat sich der Feldzug im Osten in ein verzweifeltes Ringen um den Besitz der Eisenbahnen von Warschau nach Petersburg aufgelöst. Der Schlüssel der Stellung ist Kowno, der Schauplatz eines Kampfes, der vorigen Sonntag stattgefunden hat und den die Russen als den schwersten dieses Krieges bezeichneten. Kowno ist eine Schlacht wert, weil von der Möglichkeit, es zu halten, nach allgemeiner Ansicht das Schicksal der ganzen Linie abhängt, längs der die Russen seit dem Fall von Warschau im Rückzuge sind. Fällt Kowno, so fällt Wilna hinterher. Die Herrschaft über die Eisenbahn wird in die Hände der Deutschen übergehen, die russischen Heere müssen von der Linie von Grodno nach Brest-Litowsk — wo sie gegenwärtig die Front zwischen Njemen und Bug einnehmen — möglicherweise bis zum Dnjepr zurück. Kowno ist jedoch noch keineswegs genommen, auch aus dem amtlichen deutschen Bericht geht hervor, daß das einzige Ergebnis ihres furchtbaren Sturmes auf die Festung am Sonntag ein Gegenangriff von starken russischen Streitkräften war. Es liegt noch kein Grund zu der Annahme vor, daß die von dem russischen Oberbefehl getroffenen Anordnungen, die auf die Absicht einer Räumung sowohl von Wilna wie von Kowno schließen lassen, mehr als Vorsichtsmaßregeln bedeuten."

Man sieht hieraus jedenfalls, welche Bedeutung unsere Feinde der nun gefallenen Festung Kowno beilegten; es ist wohl zweifellos richtig, daß wir mit dieser Festung, an deren Eroberung sich die Besetzung von Wilna alsbald anschließen wird, die Bahn Warschau-Dünaburg in der Hand haben.

Die deutsche Seemacht.

Der jetzige Weltkrieg beweist jedem, daß eine tüchtige Flotte für ein großes Staatswesen unerläßlich ist. Diese Einsicht in allen Volkskreisen und Parteiungen hat die da und dort noch vorhandene Opposition gegen unsere Marine verstummen gemacht. Allseits werden vielmehr mit Bewunderung besprochen die Leistungen unserer Flotte, der Kreuzer und Unterseeboote, die Taten unserer Seehelden, eines Mücke, Weddigen, Hersingen und ihrer Mannschaften. Es war nicht immer so. Insbesondere jene „Landratten", die nichts wußten von den Zusammenhängen von Seemacht und Weltwirtschaft. und jene Volkskreise, die mürrisch deutscher Machtentwicklung entgegenstanden, waren gegen die Schaffung einer starken Flotte. Politische, wirtschaftliche und militärische Gründe waren es, welche die Opposition gegen die Flottenvorlagen ins Treffen führte. Die Art der konstitutionellen Behandlung der Flottengesetze, der Einwand, daß durch Festlegung des Schiffbauplanes auf eine Reihe von Jahren das Etatsrecht des Reichstages angetastet werde, spielte ebenfalls eine nicht geringe Rolle. Dazu kamen die nicht leicht zu nehmenden Fragen der Kostendeckung. Aber ohne Opfer keine Organisation, keine Werke, kein Erfolg.

Im dänischen Krieg 1848 konnte das kleine Dänemark mit seinen Schiffen die deutschen Häfen blockieren und den Handel lahmlegen. Diese Tatsache veranlaßte die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main. zum Bau von Seeschiffen einen Kredit von 18 Millionen Mark auszuwerfen. Aber die alte Ohnmacht blieb. Die Zerfahrenheit im alten Reich. seine Geldverlegenheit war so groß, daß bereits 1852 ein Teil der Reichsflotte an Preußen verkauft, der andere Teil versteigert wurde. Aber auch in Preußen wurde den Bestrebungen der Regierung, die Flotte auf eine entsprechende Höhe zu bringen. im Abgeordnetenhaus Widerstand entgegengesetzt und der Flottenplan von 1862 abgelehnt.

Nach der Gründung des Norddeutschen Bundes trat die Regierung mit einem neuen Flottenplan an den Norddeutschen Reichstag heran. Zum Ausbau von Häfen, Anlagen von Befestigungen und zum Neubau von Schiffen wurden 112 Millionen Mark für den Zeitraum von 1868 bis 1877 verlangt; 105 Millionen Mark wurden schließlich bewilligt.

Im Kriege gegen Frankreich, 1870-71, hatte die junge deutsche Marine einige Gefechte zu bestehen, die sie gegenüber den starken Seestreitkräften der Franzosen ehrenvoll bestand. Die militärischen Operationen wirksam zu unter-

stützen war sie jedoch nicht in der Lage. Die damals gemachten Erfahrungen führten zu einer Aenderung des Planes von 1867, sowohl hinsichtlich des Küstenschutzes, der Schiffstypen usw. Das 1873 vorgelegte Flottenprogramm verlangte eine außerordentliche Ausgabe von 227 Millionen Mark, verteilt auf die Jahre 1873 bis 1882. 129 Millionen sollten verwendet werden zum Bau von Kriegsschiffen und deren Ausrüstung; 98 Millionen zu Werft-, Hafen- und Garnisonsbauten. Zur Begründung eines Teils der Forderungen wurde angeführt, daß eine nicht gesicherte Verbindung zwischen Nord- und Ostsee die Verteidigung der deutschen Küsten erschwere, ein Umstand, der durch den 1895 eröffneten Kaiser-Wilhelms-Kanal behoben ist. Panzerfregatten wurden angefordert, weil das damals noch nicht in deutschem Besitze befindliche Helgoland ein Stützpunkt der Gegner sein könte. Zum ersten Mal wurden 28 Torpedofahrzeuge angefordert. Der Reichstag genehmigte in der Hauptsache die gestellten Forderungen. Vom Jahre 1873 bis 1882 wurden für die deutsche Flotte aufgewendet eine Summe von rund 200 Millionen Mark im außerordentlichen Etat.

Ein Jahr vor dem Tode Kaiser Wilhelm I., am 1. April 1886, bestand die deutsche Flotte aus 13 Panzerschiffen, 14 Panzerfahrzeugen, 9 Kreuzerfregatten, 10 Kreuzerkorvetten, 5 Kreuzern, 4 Kanonenbooten, 4 Aviso's, 10 Schulschiffen und Fahrzeugen, sowie 29 verschiedenen Fahrzeugen. Im ganzen waren vorhanden 98 Schiffe, bestückt mit 554 Geschützen und einem Besatzungsetat von 17 000 Mann. Im Hinblick auf die Wirtschafts- und Machtentwicklung des Reichs erachteten viele die Flotte als zurückgeblieben und drängten auf Verstärkung.

Kaiser Wilhelm II. hatte schon als Prinz Wilhelm durch Vorträge in militärischen Kreisen eine besondere Vorliebe für die Marine bekundet und für eine Vergrößerung derselben zu wirken versucht. Bei seiner Thronbesteigung, am 15. Juni 1888, erließ er einen besonderen Befehl an die Marine und bekundete ihr sein „lebhaftes und warmes Interesse." Anfangs Juli erfolgte bereits eine neue Uniformierung der Marine. 1888-89 wurde das Reichsmarineamt geschaffen, sowie eine besondere Fürbitte für die Marine im allgemeinen Kirchengebet angeordnet. Im neuen Marineamt wurde alsbald eifrig an einer Denkschrift gearbeitet, die, nebst einem Flottenplan, 1889 dem Reichstag in Vorlage gebracht wurde. Nach diesem Plan sollte bis zum 1. April 1895 hergestellt werden: 4 große Panzerschlachtschiffe, 9 Küstenpanzer, 7 Kreuzerkorvetten, 4 Kreuzer, 2 Aviso's und 2 Torpedodivisionsboote. Die Kreuzerkorvetten wurden vom Reichstag nicht genehmigt, im übrigen der Plan durchgeführt. Von 1889 bis 1895 wurden ausgegeben 188 Millionen Mark. In derselben Zeit stieg der Flottenetat von 39 Millionen auf 50,7 Millionen Mark.

Die der Flottenverstärkung entgegenstehenden Hemmnisse aller Art suchte der Kaiser durch sein persönliches Eingreifen zu überwinden. Anfangs 1895 lud der Kaiser eine größere Anzahl Reichstagsabgeordneter zu sich ins Schloß und hielt ihnen einen fast zweistündigen Vortrag über die Marine und deren Verstärkung. Bei der 25jährigen Jubiläumsfeier zur Errichtung des Deutschen Reichs, am 18. Januar 1896, brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus in dem er u. a. sagte: „Das Deutsche Reich ist ein Weltreich geworden. Ueberall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean." — Zu den Abgeordneten gewandt betonte der Kaiser schließlich: „An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses Deutsche Reich auch fest an unser Heimisches zu gliedern."

Eine Anzahl der geforderten Schiffe wurden 1897 bewilligt, weitergehende Forderungen der Regierung jedoch abgelehnt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Hollmann, nahm darauf seine Entlassung, und der Kaiser berief den damaligen Konteradmiral Tirpitz an seine Stelle, der heute noch das Amt mit großem Geschick leitet. Diesem gelang, 1897 das erste Flottengesetz im Reichstag durchzubringen, das den Schiffsbestand bedeutend erhöhte. Ein weiteres Gesetz fand am 14. Juni 1900 die Zustimmung des Reichstags. Es brachte eine Verdoppelung der Flotte. Die Marinevorlage 1908 setzte das Alter der Linienschiffe und Kreuzer auf 20 Jahre herab und regelte den Ersatzbau dieser Schiffe. Nachdem Flottengesetz vom 27. Juni 1912 soll die Schlachtflotte bestehen aus 1 Flottenflaggschiff, 5 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen, 12 Großen Kreuzern, 30 Kleinen Kreuzern; die Auslandsflotte aus 8 Großen Kreuzern und 10 Kleinen Kreuzern. Dazu kommen 154 Torpedoboote mit über 200 Tonnen und 70 kleinere, eine Reihe der gefürchteten Unterseeboote und andere Spezialschiffe. Vermutlich wird der Rat des Vizeadmirals a. D. K. Galster befolgt, der in seiner Schrift sagt: „Sobald Krieg ausbricht, müßte sofort ein umfangreicher Neubau beginnen, um die Unterseekriegführung erweitern zu können."

Das Vorhandensein unserer Flotte und die Seebefestigungen haben es unseren maritim viel stärkeren Gegnern unmöglich gemacht, uns anzugreifen und unser Landheer im Rücken zu bedrohen. Die vielgerühmte englische Seemacht wagt sich nicht heraus und muß stilliegen. Unsere vortreffliche Unterseebootsflottille aber ist offensiv tätig und beunruhigt und beschädigt die Gegner in empfindlicher Weise. So ist denn die deutsche Marine im jetzigen Weltkrieg eine mächtige Waffe zum Schutze des Vaterlandes. Auch nach dem Kriege wird sie für uns, namentlich in handelspolitischer Beziehung, wertvoll sein und bleiben.

Carl Schirmer, M. d. R.

Das Eiserne Kreuz für die Rettung eines Militärzuges.

Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Eine von Entschlossenheit und Vaterlandsliebe zeugende brave Tat ist vom Kaiser ganz außerordentlich belohnt worden, nämlich durch Verleihung des Eisernen Kreuzes. Am 27. Mai d. Js. kreisten zwei feindliche Flieger über der Bahn Mundenheim-Rheingönheim (Pfalz) und hatten auf einige Entfernung einen vollbesetzten und in Fahrt befindlichen Zug entdeckt. Ihrem Auftrage gemäß ließen sie auf das Eisenbahngeleis mehrere Bomben fallen, die das Gleis auf einer Strecke von über 100 Meter vollständig zerstörten. Der Werkmeister Jakob Nolt aus Groß-Gerau befand sich in unmittelbarer Nähe der Explosionsstelle und ahnte sofort, daß wohl ein Militärzug fällig sein könnte. Er lief deshalb in größter Eile nach der etwa 5 Minuten entfernten Signalbrücke und stellte eigenmächtig das Signal auf Halt. Der kurz darauf anbrausende Zug konnte noch rechtzeitig seine Fahrt unterbrechen und entging dadurch einer Entgleisungsgefahr. — Die Eisenbahnverwaltung gewährte dem wackeren Manne zunächst eine ansehnliche Geldspende, und auf ihren Bericht hin hat der Kaiser ihm jetzt das Eiserne Kreuz zweiter Klasse am schwarz-weißen Bande verliehen.

Der Wert des deutschen Eisenbahnnetzes.

Bei der Begründung der neuen Kriegsanleihe betonte der Staatssekretär des Reichsschatzamtes am 20. Aug. d. Js. im Reichstag mit eindrucksvollen Worten die Höhe der Forderung. U. a. sagte er: Es sind für den Krieg bewilligt zweimal je 5 Milliarden, nämlich im August und Dezember, ferner 10 Milliarden im Herbst. Das sind zusammen 20 Milliarden. Mit dem jetzt vorgelegten Nachtragsetat ergibt dies den gewaltigen Betrag von 30 Milliarden. Da man unter dem Eindruck der Ausgaben dieses Weltkrieges das Schätzen mit so großen Zahlen einigermaßen verloren hat, so möchte ich im Suchen nach einem Maßstabe erwähnen, daß die schon bewilligten 20 Milliarden den Wert des ganzen deutschen Eisenbahnnetzes mit Einschluß allen rollenden Materials darstellen.

Fachliche Rundschau.

Die Schwellenlieferung für die österreichischen Staatsbahnen. Die Direktionen der österreichischen Staatsbahnen haben in diesem Jahre die Lieferung von 1½ Millionen Schwellen ausgeschrieben. Nur die galizischen Direktionen haben bisher ihren Bedarf noch nicht bekanntgegeben. Vor kurzem wurden die eingereichten Angebote eröffnet. Bei den meisten Direktionen wurde die ausgeschriebene Menge nicht voll angeboten, an einzelnen Stellen sogar nur 25 bis 40 Prozent der angeforderten Menge. Die geforderten Preise waren durchweg höher als im Vorjahre; bei dem größten Teil der Hölzer war eine Preissteigerung von rund 20 bis 25 Prozent zu verzeichnen. Bei der Direktion der Staatseisenbahngesellschaft in Wien wurden etwa 40 bis 50 Prozent der ausgeschriebenen Schwellen angeboten. Die Preise stellten sich bei den Kiefernschwellen auf 3,99—5,60 K., bei Eichenschwellen auf 5,99—8,75 K. für das Stück. Sogenannte Extrahölzer aus Lärche wurden zum Preise von 70—110 K., aus Kiefer zu 64—90 K. und aus Eiche zu 95—156 K. für das Festmeter angeboten. Bei der Staatsbahndirektion Wien (Westbahn) wurden bei einer Ausschreibung von 103 000 Schwellen Angebote für 70 000 Stück eingebracht.

Eisenbahner im Felde.

Die gewaltig angelegte November-Offensive der Russen war zum Stehen gekommen. Zerschellt war die Brandung an der ehernen Mauer unserer Truppen. Bereits machten sich an der russischen Front Schwierigkeiten in der Versorgung mit Munition und Verpflegung bemerkbar, nicht eben zum kleinsten Teil veranlaßt durch die von unseren Eisenbahntruppen mit unerhörter Gründlichkeit vorgenommenen Zerstörungen der russischen Bahnkörper. Es war hier ein Vernichtungswerk geschehen, wie es in solcher Ausdehnung noch niemals vorgenommen wurde. Das beste Zeugnis für die Güte der geleisteten Zerstörungsarbeit waren die Berichte des russischen Generalstabes selbst, die die Vernichtung der Eisenbahnen als willkommenen Grund für das Mißlingen der russischen Offensive angaben.

Im Augenblick des Stillstandes der russischen Vorwärtsbewegung setzte auf deutscher Seite eine Umfassungsbewegung ein, die gegen die Rückzugslinie des Feindes gerichtet war und ihn zum Weichen zwang. Unaufhaltsam drängten unsere Truppen dem an Zahl immer noch gewaltig überlegenen Feinde nach. Nur schwer aber vermochten die deutschen Munitions- und Proviantkolonnen auf den immer schlechter werdenden Wegen den Heeressäulen zu folgen.

Hier konnten nur Eisenbahner helfen. Die Bahnkörper aber waren noch von uns so gründlich zerstört worden, daß die Russen, abgesehen von einigen schwachen Notbauten, es nicht fertig gebracht hatten, sie wieder herzustellen. Nun erhielten unsere Eisenbahnbaukompagnien den Befehl, die eben erst von ihnen auf Monate hinaus zerstörten Linien in wenigen Wochen eiliger, aber doch gründlicher Arbeit wiederherzustellen. Bei dem geregelten Materialnachschub aus Deutschland ging die Arbeit anfangs glatt von statten. Bald aber sperrte auf einer der wichtigsten Linien eine große Brücke, bei der Träger, Ufer- und Pfeilerauflager gesprengt waren, nachhaltig jede Eisenbahnverbindung. Wenn auch damals starke Mannschaftsbestände an Eisenbahntruppen im Felde waren, so wurden sie doch überall gebraucht, sodaß zunächst nur eine Kompagnie für diesen Brückenbau zur Verfügung stand. In rastloser Arbeit, bis zu 16 Stunden täglich, bei schlechten Witterungsverhältnissen, begannen sie das umfangreiche Werk, unterstützt durch geübte deutsche Zivilarbeiter. Wenn auch alle Mittel der Technik angewendet wurden, wie beispielsweise elektrisch angetriebene Gatter- und Kreissägen, Schraubenschneide- und andere Werkzeugmaschinen, elektrische Beleuchtung der Baustelle, so ergab sich dennoch bald die Notwendigkeit, eine zweite Kompagnie heranzuziehen. Diese übernahm die Nachtarbeitsschichten, so daß die überanstrengte Kompagnie ihre Tagesschichten verkürzen konnte. Jetzt stieg die Arbeitsleistung bedeutend. Aber die Nachtarbeit war schwer, eine Woche lang sahen die Leute die Sonne nicht. Regen, Schnee, Glatteis im Verein mit der Dunkelheit erschwerten ihnen ihre Tätigkeit. Da wurde manche stille Heldentat vollbracht! Jeder Fehltritt auf dem unfertigen Bauwerk hatte den Sturz in die Tiefe zur Folge, auf den hartgefrorenen Boden oder in die schwarze Flut, die unten dahinrauschte. Aber in dem Bewußtsein, daß das deutsche Heer warte, wurden alle Fährlichkeiten der Arbeit, die Unannehmlichkeiten der mangelhaften Unterbringung und kargen Verpflegung gern und freudig getragen. Es währte nicht allzu lange, und die Züge rollten über den Fluß und machten eine große Anzahl von Fuhrparkkolonnen für die weitere Versorgung des Heeres frei.

Noch bevor die Strecke vor der Brücke fahrbar war, mußte die eine Kompagnie aufbrechen, um den regelmäßigen Bahnverkehr im Vorgelände vorzubereiten. Sie durfte die Fertigstellung des Bauwerks nicht abwarten. Anstrengende Marschtage für die Truppe, die das Marschieren nicht derart gewöhnt war, wie die Infanterie, und durch das Mitführen von Werkzeug sehr behindert war, folgten. Auch waren nur wenige Tage am neuen Wirkungsorte Zeit gelassen, um Strecke, Bahnhof und Brücken wieder herzustellen. Da hieß es schnell schaffen, zumal das Weihnachtsfest nahte, an dem die Züge den Truppen die Weihnachtssendungen zuführen sollten. Leider war kein Weihnachtswetter, Regen und arger Schmutz erschwerten die Arbeit und den Marsch zu den Baustellen. Vor dem eigentlichen Beginn der Tätigkeit waren umfangreiche Aufräumungsarbeiten erforderlich, da die Russen ihre Notbrücken zerstört hatten. Letztere waren allereinfachster Art gewesen. Aus Nebengleisen entnommene Schwellen hatte man zu großen Stapeln aufgebaut und darüber Bündel von Eisenbahnschienen gelegt, um die Zwischenräume zu überbrücken. Beim Rückmarsch hatten die Russen die Schwellen angezündet, wodurch ein Trümmerhaufen entstanden war. Ein förmliches Gespinst von krumm gebogenen Eisenbahnschienen bedeckte die verkohlten Holzreste, so daß die Aufräumung des Bauplatzes arg erschwert war. Durch die Schutthaufen hatten sich auch knietiefe Anstauungen der in Rußland landesüblichen Schlammströme gebildet, so daß man zunächst nicht einmal sehen konnte, wohin die Fundamente der Bauwerke zu legen waren. Doch schritten Aufräumungs- und Bauarbeiten rasch fort. Der heranrückende heilige Abend gebot erneute Eile. Die Kompagnie konnte am Christabend selbst um 4 Uhr zu einer kleinen Feier abrücken.

Diese Weihnachtsfeier im Feindesland war eindrucksvoll genug. Bei Fackelschein versammelten wir uns im Hofe einer verlassenen Fabrik. Vergessen waren Schmutz und Regen, Krieg und Feindesland. Der Kompagnieführer leitete in einer Ansprache, die er hielt, unsere Gedanken in die Heimat. Dann wurden Weihnachtslieder im Chor gesungen und draußen stand die polnische Bevölkerung und lauschte.

Ein glücklicher Zufall brachte es mit sich, daß gerade zu dieser Zeit der erste Zug auf der neuen Strecke einlief und die Post für die Kompagnie mitbrachte. Fast jeder erhielt sein Päckchen aus der Heimat, und deutsche Gutmütigkeit gab natürlich auch der armen Bevölkerung, besonders den Kindern, beinahe zu reichlich ab. Am nächsten Morgen wurden die angefangenen Bauten rasch vollendet, der Weihnachtsgottesdienst des deutschen Militärpfarrers besucht. Der Heimkehrenden wartete ein neuer Bauauftrag. In Eile wurde das Werkzeug verpackt, die Mannschaften zusammengezogen und alles für den Abmarsch vorbereitet. Das Wetter hatte sich inzwischen weiterhin verschlechtert, es regnete die ganze Nacht hindurch, es regnete auch am Morgen beim Abmarsch. Alle Straßen waren mit tiefer Schlammschicht überzogen. Schwerfällig setzten sich die Gerätewagen in Marsch; sie waren diesmal besonders stark belastet, da alles zum Bau Erforderliche mitgenommen werden mußte. Ein Heranführen mit der Bahn war ausgeschlossen, da die Fortsetzung der Strecke noch nicht fertig war. Immer schlimmer wurde das Wetter, immer grundloser der Weg, und dort, wo Seitengräben fehlten, stand der Schlamm bis an die Wagenachsen. Man kann sich in Deutschland schwer von solchen Wegen eine Vorstellung machen. Zum Regen war noch Schnee getreten, den ein scharfer Wind der Truppe ins Gesicht blies. Mehrfach mußte entgegenkommenden Kolonnen ausgewichen werden. Die Felder neben den Wagen waren durchweicht und setzten ihren zähen Lehm an den Stiefeln fest. Dann führte der Weg über das Schlachtfeld; er war stellenweise von Granaten aufgerissen. Die Kolonne blieb hoffnungslos stecken; wohl oder übel mußten wir die Wagen erleichtern und eine Wache bei dem zurückbleibenden Gerät hinterlassen, das in einem abgebrannten Gehöft untergebracht wurde. Die Russen hatten den ganzen Ort, der von deutschen Ansiedlern bewohnt war, Haus für Haus angezündet. Ein Deutscher, der mit Frau und Kindern in einem leeren Kartoffelkeller hauste, erzählte, daß die Russen alle Vorräte wegschleppten, und sich dann entfernten, nachdem sie den Leuten befohlen hatten, zu Bett zu gehen. In der Nacht kamen sie zurück und zündeten lautlos alles an, so daß die Bewohner, die nicht verbrannten, nur das nackte Leben retteten.

Doch weiter ging es vorwärts, um an dem Bestimmungsort noch bei Tage anzukommen; zum Abkochen und Essen war keine Zeit. Mit Einbruch der Dunkelheit wurde der Bahnübergang erreicht, an dem ein Posten stehen sollte, um die Truppe in die Quartiere zu führen. Der Posten aber war nicht da, der schlechte Weg hatte die Quartiermacher aufgehalten. Die Truppe machte Halt, und im Dunkeln mußte der Führer an der teilweise zerstörten Bahnstrecke entlang reiten, um die Quartiermacher zu suchen; ein gefährlicher Weg, bei dem noch dazu Eile geboten war mit Rücksicht auf die wartenden, frierenden und hungernden Leute. Zum Glück gelang es, die Quartiermacher aufzufinden, die ermüdeten Mannschaften konnten die Quartiere beziehen. In der Nacht noch wurden die Bagage- und Gerätewagen zusammengezogen. Am nächsten Morgen wurde das Werk der Wiederherstellung der zerstörten Gleisanlagen in Angriff genommen. Die Russen hatten beim Abzug eine große Zahl von Konstruktionsteilen vergraben, da es ihnen an Sprengmunition gefehlt hatte. Der Findigkeit der Eisenbahner gelang es, die verscharrten Teile an allen möglichen Orten ans Licht zu fördern, und diesem Umstande war es zu danken, daß der Bahnhof nach ganz kurzer Zeit fahrbar wurde. Bald konnte es deshalb wieder weiter gehen bis an den letzten Bahnhof vor der feindlichen Linie. Es war wieder ein böser Marsch, jedoch glich er an Schwierigkeit nicht dem eben beschriebenen. Der Endbahnhof wurde nun in Winterzeit, da Eisenbahnbauten nur schwer möglich sind, mit ganz besonderer Sorgfalt wieder hergestellt und die bestehenden Gleisanlagen bedeutend erweitert: Die Versorgung der nun stilliegenden Truppen mit allen Winterbedürfnissen erforderte eine große Zahl an Zügen und Aufstellungsgleisen. Nach allen Richtungen wurden Kommandos entsandt, um Verbesserungen und Wiederherstellungen

der Bahnanlagen und Brücken vorzunehmen und um ein neues Vorgehen im Frühjahr vorzubereiten. Auch die Quartiere wurden ausgebaut, die technisch gut vorgebildeten Eisenbahner stellten Wasserstationen, Lichtanlagen, sowie Desinfektions- und Badeanstalten her, um den Gesundheitszustand der Truppen auf der Höhe zu halten. Solche Friedensarbeit lähmte aber den Geist der Truppen daraus nicht; als die Frühjahrsoffensive einsetzte, stürmten mit unserer Infanterie auch die Eisenbahner voran, immer den marschierenden Truppen auf den Fersen, oft genug bis in den Bereich des feindlichen Feuers hinein. Bei allen neuen Strapazen und Mühen aber blieb die Erinnerung an jene schweren Wintertage wach, die an Kraft und Hingebung das Letzte von der Truppe verlangt, sie aber auch geschult hatten, kommenden Anforderungen mit Gleichmut entgegenzusehen.

Unfall eines Militärzuges infolge vorzeitigen Umstellens einer Weiche.

Urteil des Reichsgerichts vom 11. Mai 1915.

Leipzig, 11. Mai. (Nachdr. verb.) In der Nacht vom 11. zum 12. August 1914, als die Mobilmachungstransporte im vollen Gange waren, versah auf dem Bahnhof Habichsbeck, einer Bahnstation an einer von Münster i. W. ausgehenden Strecke, der Hilfsweichensteller Josef Müller für die Nachtzeit das Amt eines Fahrdienstleiters. Auf dem einen Gleis stand hier um Mitternacht der vollbesetzte Militärzug 54, der mit 105 Achsen über 400 Meter lang war, und, da man ihn versehentlich nicht weit genug vorgezogen hatte, mit seinen letzten Wagen auch noch auf Weiche 1 des Bahnhofs stand, die zu einem Nebengleis führt und nach den Vorschriften stets freigehalten werden sollte. Um diese Zeit wurde von Münster her der Leerwagenzug 9 erwartet, der über die Weiche 1 in das Nebengleis einfahren sollte. Müller stellte daher für diesen Zug das Signal auf „freie Einfahrt", entriegelte hierdurch die Weiche 1 und legte sie nach dem Nebengleis um, obwohl noch der Militärzug auf ihr stand. Infolgedessen entgleisten, als sich der Militärzug auf dem Hauptgleis in Bewegung setzt, zwei seiner Wagen, unter welchen die Weiche umgelegt worden war. Die Kuppelungen zerrissen und der Materialschaden war ziemlich erheblich; verunglückt ist niemand, nur ein einziger Fahrgast erlitt eine leichte Oberschenkelquetschung. Durch das vorzeitige Umlegen der Weiche 1 noch unter dem auf ihr haltenden Militärzug ist also ein Eisenbahntransport gefährdet worden.

Die Transportgefährdung hat Müller durch pflichtwidrige Nachlässigkeit verschuldet. Nach §§ 12, 13 der Stellwerksdienst- und nach §§ 23, 24 der Fahrdienstvorschriften durfte er die Weiche nicht umlegen, solange noch ein Zug darauf hielt, und durfte auch nicht eher das mit der Weiche durch Verriegelung verbundene Einfahrtssignal auf freie Fahrt stellen. Im ganzen aus drei Gründen war er als Fahrdienstleiter verpflichtet, sich vor dem Umlegen der Weiche persönlich davon zu überzeugen, daß kein Fahrzeug mehr auf der Weiche stand. Die Vernachlässigung dieser Aufgabe der Betriebsaufsicht kann er durch kein anderes unaufschiebbares Dienstgeschäft entschuldigen; auch durfte er das Bahnhofsgebäude auf einige Augenblicke verlassen, um an Ort und Stelle nachzusehen.

Müller wurde daher wegen fahrlässiger Transportgefährdung, verschuldet durch mangelhafte Diensterfüllung (§ 316, 2 St.-G.-B.) vom Landgericht Münster i. W. am 12. Februar 1915 zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Erschwerend kam in Betracht, daß die Pflichtversäumnis in die Mobilmachungszeit fiel. Die Revision Müllers verwarf jetzt das Reichsgericht auf Antrag des Reichsanwalts als unbegründet, da ihre Einwände nicht zutreffen. (Aktenzeichen 5 D. 62/15.)

Ein Jahr städtischer Kriegswohlfahrtspflege in München.

Während des ersten Kriegsjahres wurden in München an reichsgesetzlichen Mindestbeiträgen für Unterstützung der bedürftigen Kriegerfamilien rund 5 900 000 Mark ausbezahlt; dazu hat die Stadtgemeinde an Mehrleistungen rund 6 200 000 Mark aufgewendet, wovon 1 600 000 Mark aus freiwilligen Gaben gedeckt werden konnten, während das Reich und der Staat in Anerkennung dieser Mehrleistungen den Betrag von 800 000 Mark zurückerstattet haben. Die Zahl der von der Stadtgemeinde unterstützten bedürftigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern betrug im August 1914 rund 46 000, im Juni 1915 aber über 78 000; darunter befinden sich 24 240 Ehefrauen von Kriegern, 37 783 eheliche und 5601 uneheliche Kinder, schließlich noch 10 713 unterstützungsbedürftige Eltern und sonstige Angehörige. Der monatliche Aufwand für diesen Zweck erreicht jetzt fast die Höhe von 1½ Millionen Mark. Für Arbeitslosenunterstützung hat die Stadtgemeinde im ersten Kriegsjahr einen Betrag von rund 600 000 Mark aufgewendet. Jetzt ist der Unterstützungsbedarf für Arbeitslose auf ein winziges Maß zurückgegangen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

1. Recht oft treten Beschwerden über unregelmäßige Lieferung der Zeitung auf. Wie leichtfertig derartige Beschwerden geführt werden, zeigt folgender Fall:

Mitglied Wilh. Weber, Hohengandorn (Post Eichenberg), führte auch eine derartige Beschwerde. Das Postamt Hattingen wurde um Aufklärung ersucht, und dieses erhielt dann vom Postamt Eichenberg nachfolgende Mitteilung:

In Abwesenheit des Beschwerdeführers sagt die Ehefrau des Genannten aus, daß ihr Mann die Zeitschrift einige Male zu spät erhalten habe, sei darauf zurückzuführen, daß sie größtenteils nicht zu Hause wären und der Briefträger die Zeitung zum geöffneten Kammerfenster hineingeworfen habe, wo sie diese erst einige Tage später gefunden hätte.

Die sämtlichen Nummern hätten sie erhalten.

Rund.

Es ist dies nicht der einzige Fall, der solche Sachen zutage fördert. Weshalb nicht erst richtig nachgeforscht und dann Beschwerde geführt? Ich kann nachweisen, daß von 100 Fällen wohl in 90 die Mitglieder die Schuld an der Unregelmäßigkeit tragen.

2. Den Mitgliedern Heinrich Pahre, Volpriehausen, Bez. Braunschweig, und Heinrich Thies, Buchhorst bei Oebisfelde, kann die Zeitung nicht zugestellt werden, da diese im Felde sind. Um deren Adresse wird gebeten. Mitglied Ewald Hochstedt in Weißenhöhe, Bez. Bromberg, verweigert die Annahme der Zeitung. Um nähere Angaben hierzu wird der Vorstand des Bezirks-Vereins Bromberg ersucht. Mitglied H. Lips, jetzt Pionier in Kummersdorf, will keine Zeitung haben, da er aus dem Verbande ausscheidet, nennt aber seinen früheren Wohnort nicht, auch nicht den Bezirks-Verein, dem er angehört. Welchem Bezirks-Verein gehört derselbe an?

Schneider, Verb.-Vorsitzender.

Vereinsnachrichten.

Bez.-V. **Altena-Siegen.** Einladung zur Versammlung. Es ist schon seit langer Zeit unser allseitiger Wunsch, einmal alle Kollegen ohne Ausnahme wiederzusehen und unsere Gedanken auszutauschen sowie dienstliche Interessen zu erörtern. Leider verbot uns bisher die ernste Kriegszeit dies gebieterisch. Zu der am 10. Oktober ds. Js., nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur Post — Kaspar Berg in Albaum, neue Strecke Altenhundem-Erndtebrück — stattfindenden Versammlung werden alle, auch Nichtmitglieder, hierdurch eingeladen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf und wird hoffentlich dieses Mal keiner fehlen. Da die Anschlüsse von beiden Richtungen ziemlich günstig sind, ist die Zeit von 3—6 Uhr sehr geeignet. Wir werden dort gewiß in der schönen Waldesnatur einige angenehme Stunden verleben. Es wird auch wohl jeden die romantische Fahrt mit dem Bähnchen, welches abwechselnd durch Eichen-, Buchen- und Nadelwälder, hoch über in saftigem Grün prangende Wiesentäler, über künstlich gebaute Viadukte usw. wandert, interessieren. Indem wir uns der Hoffnung hingeben, alle Mitglieder am 10. Oktober im Gasthof Kaspar Berg, Albaum, begrüßen zu können, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Schweinsberg, Schriftf.

Bez.-V. **Breslau.** Bekanntmachung. 1. Von seiten der Königl. Eisenbahndirektion Breslau wurde am Sonntag, den 15. ds. Mts., eine Besprechung mit den Vereins-Vorständen der Eisenbahn-Fach-Vereine unter dem Vorsitz des Herrn Ober- und Geh. Regierungsrates Melchers, i. V. des Herrn Eisenbahn-Präsidenten, abgehalten. Den Zweck dieser Besprechung bildeten „Zeichnungen für die 3. Kriegsanleihe", welche in kurzer Zeit aufgelegt wird. Es wurde nun die Frage

aufgeworfen, in welcher Weise noch Gelder zur Zeichnung der Kriegsanleihe flüssig gemacht werden könnten. 2. Um den einzelnen Vereinsmitgliedern Gelegenheit zu geben, auch mit kleineren Beträgen von 10 Mark aufwärts sich an der Kriegsanleihe zu beteiligen, ist von seiten des Bez.-V. Breslau durch die Vorstandssitzung vom 18. August 1915 folgender Beschluß gefaßt worden:

1. Jeder Kollege kann zunächst einen oder mehrere volle Anteile von 100 Mark durch Zeichnung an zuständiger Stelle oder durch den Bezirks-Verein erwerben. Recht hohe Zeichnungen durch den Bezirks-Verein sind erwünscht. Hierfür erhalten die Kollegen besondere Gutscheine auf ihren Namen ausgestellt.

2. Ebenso können die Kollegen durch Vermittelung der Dienststelle ganze Anteile erwerben; nähere Auskunft erteilt dann die Dienststelle.

3. Kleinere Beträge unter 100 Mark werden vom Vorstand des Bezirks-Vereins entgegengenommen und Quittung darüber erteilt. Sämtliche Zeichnungen zur Kriegsanleihe durch den Bezirks-Verein müssen von jedem Kollegen schriftlich an den ersten Vorsitzenden besonders mitgeteilt werden. Die gesammelten Beträge werden dann in einer ganzen Summe vom Verein zur Kriegsanleihe gezeichnet. Die Gutscheine hierfür bleiben in den Händen des Bezirks-Vereins. Jeder gezahlte Betrag wird mit 5% verzinst und halbjährlich bar ausgezahlt. Beim Tode eines Kollegen wird auf Verlangen der Hinterbliebenen der eingezahlte Betrag vom Bezirks-Verein Breslau zurückgekauft. Dasselbe gilt auch bei Kollegen, welche das Geld in dringenden Fällen vorzeitig brauchen.

Hiernach dürfte es keinem Mitgliede schwer fallen, einen Anteil zu erlangen. Durch viel Weniges wird unserem Vaterlande geholfen, wozu sich ein jeder verpflichtet fühlen muß. Kollegen, wir helfen nicht nur unserm Vaterlande, sondern auch uns und unseren Familien. Wie würde den Kollegen zumute sein, wenn unsere Verwaltung aus Geldmangel (wie dies in verschiedenen Feindesländern der Fall ist) uns die Gehälter nicht voll und ganz zahlen könnte? Kollegen, deshalb bitten wir euch alle dringend:

Zeichnet, so viel in euren Kräften steht, zur 3. Kriegsanleihe!

Wird die 3. Kriegsanleihe voll und ganz gezeichnet, was wir hoffen, so ist das gerade so gut, wie eine gewonnene Schlacht. Wir können uns dann freuen und stolz darauf sein, wenn wir auch nicht, wie unsere tapferen Feldgrauen, vor dem Feinde stehen, so doch zum inneren Siege mit beigetragen zu haben.

3. Wenn es auch vielen Kollegen bei dem kleinen Einkommen und der großen Teuerung schwer fallen dürfte, sich an der Zeichnung der 3. Kriegsanleihe zu beteiligen, so müssen wir doch aus Liebe zu unserem Vaterlande dieses kleine Opfer bringen.

4. Außerdem wurde in der Vorstandssitzung vom 18. August 1915 beschlossen, von dem Vermögen des Bezirks-Vereins Breslau 300 Mark zur Kriegsanleihe zu zeichnen.

In der Hoffnung auf guten Erfolg zeichnet, kollegialisch grüßend

der Vorstand des Bez.-V. Breslau.
Heinrich Scholz, 1. Vors.
Königgrätzerstraße 9 III

Bez.-V. **Dortmund.** Am Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal unsere Vierteljahrsversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten. Mit dem Zahlen der Beiträge sind immer noch einige Kollegen im Rückstande. Es muß auf diesem Gebiet endlich auch mal Ordnung eintreten. Diejenigen Kollegen, die aus dienstlichen Gründen an der Versammlung nicht teilnehmen können, bitte ich, die Beiträge rechtzeitig an unseren Kassierer abzuliefern; seine Wohnung ist: Wilhelm Ebert, Dortmund, Althoffstraße 8.

J. A.: Wegmann, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Frankfurt a. M.** Die Versammlung findet am 3. Oktober ds. Js., nachmittags 3½ Uhr, im Saale „Zur Gambrinushalle", Frankfurt a. M., statt.

Der Vorstand. J. A.: Sahler.

Bez.-V. **Leipzig und Umgegend.** Bericht von der Versammlung am 4. August 1915. Der 1. Vorsitzende, Kollege Naumann, eröffnete die Versammlung um 8¼ Uhr durch Begrüßung der anwesenden Kollegen. Punkt 1, Bekanntgabe von eingegangenen Schriftstücken und Zeitungsberichten sowie der wichtigsten Teile der letzten Reichskartellkorrespondenz: Der 1. Vorsitzende gab hierzu verschiedentlich Aufklärungen und Erläuterungen, u. a. auch über die Eingabe um Gewährung von Teuerungszulagen an die württembergischen Unterbeamten der Verkehrsanstalten. Nachdem sich verschiedene Kollegen darüber ausgesprochen hatten, wurde der allgemeine Wunsch geäußert, ob nicht von seiten unseres Verbandsvorstandes Schritte unternommen werden könnten, auch für uns Teuerungszulagen zu erwirken. (Ist doch schon im Mai geschehen. D. Red.) Punkt 2, Verschiedenes: Es wurde vom 1. Schatzmeister darüber geklagt, daß trotz mehrmaliger schriftlicher Erinnerung die rückständigen Verbandsbeiträge recht vereinzelt eingehen, und beschlossen, dem Verbandsvorstand die Namen der betr. Kollegen sowie die Höhe der rückständigen Beiträge bekannt zu geben, um weitere Maßnahmen darüber zu treffen. Ich mache an dieser Stelle noch ganz besonders darauf aufmerksam, daß doch ein jeder Kollege es seiner Familie schuldig ist, seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber satzungsgemäß nachzukommen, um bei vorkommenden Sterbe- oder Unglücksfällen einer Verzögerung oder gar Verkürzung der verbandsseitigen Unterstützungen vorzubeugen. Schluß der Versammlung 10 Uhr. — Unsere nächste Versammlung findet Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokale in Leipzig-Eutritzsch statt. Ich lade alle abkömmlichen Kollegen und Nichtmitglieder hierzu freundlichst ein.

J. A.: Liebau, 1. Schriftführer.

Bekanntmachungen.

Am 12. September 1915, nachmittags 1½ Uhr beginnend, findet in Bremen, Hotel „Stadt Frankfurt" (D. Schnaars), an der Weide 17, eine Versammlung zwecks Gründung eines Bezirksvereins des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfs-Rottenführer statt. Alle im Umkreise von Bremen wohnenden Kollegen werden gebeten, zu erscheinen.

Der Einberufer:
Immoor, Rottenführer, Hemelingen.

* * *

Nachstehenden Mitgliedern kann die Zeitung nicht zugestellt werden. Die Bezirksvereine werden gebeten, die genaue Adresse dem Verbandsvorsitzenden Herrn Karl Schneider, Dahlhausen-Ruhr, einsenden zu wollen.

Lorenz Frantzen, Horrem, Bez. Köln, Höheweg 2.
Ed. Borchert, Essen-Rüttenscheid, Hertastr. 30.

Fragekasten.

H. G. Ihre Ernennung zum Rottenführer müßte eigentlich nach Ihrem Dienstalter und den hiesigen Verhältnissen erfolgt sein. Da die Verhältnisse aber in jeder Direktion anders liegen, so können wir Ihnen nur den Rat erteilen, eine Anfrage um Auskunft hierüber auf dem Dienstwege an die Direktion zu richten.

L. in T. und M. in Neu-J. Die eingesandten Sachen erscheinen in nächster Nr. unserer Zeitung.

Versammlungs-Kalender.

Bezirks-Verein	Tag u. Stunde		Versammlungsort	Versammlungslokal
Altena-Siegen	10. 10.	3	Albaum	Rest. zur Post
Altona-Hamb.	10. 10.	2	—	—
Allenstein	3. 10.	12	Allenstein	Rest. Schloßgart.
Aachen	3. 10.	1½	Aachen	Bahnhofstr. 30
Berlin	7. 10.	8	Berlin O.	Vereinslokal
Breslau	10. 10.	2	Breslau	Vereinslokal
Celle	10. 10.	3½	Celle	Gastw. Hohmann
Dortmund	10. 10.	3	Dortmund	Vereinslokal
Essen-Ruhr	10. 10.	3	Essen	Vereinslokal
Frankfurt a. M.	3. 10.	3½	Frankfurt a. M.	Gambrinushalle
Geestemünde	3. 10.	4½	Geestemünde	Vereinslokal
Guben	3. 10.	2	Guben	Goldene Krone
Hagen	17. 10.	3½	Hagen	Vereinslokal
Krefeld	10. 10.	3	Krefeld	Vereinslokal
Leipzig u. Umg.	8. 9.	8	Leipzig-Eutritzsch	Vereinslokal
Mainz	3. 10.	—	Mainz	Zum Tannenb.
Paderborn	10. 10.	1½	Ottbergen	—
Schneidemühl	3. 10.	2	Schneidemühl	Eisenbahnkantine
Soltau	3. 10.	3½	Soltau	Gastwirt Riebe
Stendal	3. 10.	2½	Stendal	Gastwirt Lenke

Nachruf.

Am 17. August, früh 7 Uhr, verstarb nach längerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Rottenführer

Karl Schoefer

aus Prieborn, Kreis Grottkau in Schlesien.

Derselbe war ein pflichttreuer Kollege und eifriges Mitglied unseres Vereins. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Der Vorstand des Bez.-Vereins Breslau.
J. A.: **Heinrich Scholz**, 1. Vors.

Nachruf.

Am 30. Juli verschied nach kurzem Leiden die noch so junge Ehefrau und treusorgende Gattin unsers Vereinskollegen Wilhelm Schilling,

Frau Wilhelm Schilling

in Bornheim bei Bonn.

Wir betrauern mit ihm den zu frühen Heimgang auf das herzlichste.

Der Vorstand und Mitglieder des B.-V. Köln.
J. A.: **Thewes**, 1. Schriftführer.

In 18. Auflage ist erschienen:

Oeflers Geschäftshandbuch
(Die kaufmännische Praxis).

Dieses Buch enthält in klarer, leichtverständlicher Darstellung: Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung (einschließlich Abschluß); Kaufmännisches Rechnen; Kaufmännischen Briefwechsel (Handelskorrespondenz); Kontorarbeiten (geschäftliche Formulare); Kaufmännische Propaganda (Reklamewesen); Geld-, Bank- und Börsenwesen; Wechsel- und Scheckkunde; Versicherungswesen; Steuern u. Zölle; Güterverkehr der Eisenbahn; Post-, Telegraphen- u. Fernsprechverkehr; Kaufmännische und gewerbliche Rechtskunde; Gerichtswesen; Uebersichten und Tabellen; Erklärung kaufmännischer Fremdwörter und Abkürzungen; Alphabetisches Sachregister.

In wenigen Jahren über **170000 Exemplare verkauft.**

Tausende glänzender Anerkennungen. Herr Kaufmann Aug. Ramdor, Lehrer am Büsch-Institut in Hamburg, schreibt: „Es ist das beste Handbuch für kaufmännische Praxis unter all den Dutzenden Werken ähnlichen Inhalts, die ich beruflich zu prüfen hatte." — Das 384 Seiten starke, schön gebundene Buch wird franko geliefert gegen Einsendung von nur 3,20 Mk. oder unter Nachnahme von 3,40 Mk. Richard Oefler, Verlag, Berlin SW. 29.

Eisenbahner-Hosen

kaufen Sie am besten u. billigsten i. d. grösst. Spezialgeschäft v.
Kohnen & Jöring, Berlin 24, Hauptgesch. u. Versand: **Alexanderstr. 12**
Echt schwarze engl. Ledertuch-Hosen 2.90, 3.75, 4.25, 5.—, 6.—
nur gute reelle u. solide Qualität., tadelloser Sitz, beste Verarbeit.
Lieferanten königlich. u. städt. Behörden, Eisenbahnwerkstätten usw. Viele Anerkennungs-Dankschreiben. Verlangen Sie Muster gratis und franko.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung
des Reichskartells, Elberfeld



Jeder



Rottenführer kann ein Kapital bis zu **2000 Mark**

seinen Angehörigen **für seinen Todesfall, sich für sein Alter oder für Lehrzeit, Militärdienst, Aussteuer oder Sterbefall seiner Kinder**
bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung mit ihren sehr günstigen Tarifen sichern.
Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Jede Auskunft erteilt die
Zentralstelle des Reichskartells, Elberfeld, Island 11

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife
für zarte weisse Haut
a Stck. 50 ₰

Theodor Müller
Kleider- und Decken-Fabriken,
Seifhennersdorf i. S.



Aelteste u. leistungsfähigste Firma in Uniformhosen, garantiert echt schwarz. Ledertuch-, Drell-, Trikothosen u. Drelljoppen Zivil-, Uniform- und Sportbekleidung, Sahara- u. Eisbärdecken. Muster, Maßanleitung u. Preisl. portofrei.
Reelle, altrenommierte Firma mit über 40000 Kunden.



Drucksachen aller Art
liefert schnell, sauber u. billig
die Buchdruckerei
C. Hundt sel. Wwe., Hattingen.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.